

Begründung

der Festlegung der Abrechnungsgebiete der Ortsgemeinde Marienrachdorf gemäß § 10 a Absatz 1, Satz 9 Kommunalabgabengesetz Rheinland-Pfalz (KAG)

Nach § 10 a Absatz 1 KAG erheben die Gemeinden für den Ausbau öffentlicher und zum Anbau bestimmter Straßen, Wege und Plätze (Verkehrsanlagen) wiederkehrende Beiträge. Die jährlichen Investitionsaufwendungen für Verkehrsanlagen werden nach Abzug des Gemeindeanteils als wiederkehrender Beitrag auf die Grundstücke verteilt, welche die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zugangs zu einer Straße haben, die zu der aus mehreren Verkehrsanlagen bestehenden öffentlichen Einrichtung gehört. Die öffentliche Einrichtung wird von der Gemeinde durch Satzung festgelegt, wobei sämtliche Verkehrsanlagen, die in einem abgrenzbaren und räumlich zusammenhängenden Gebiet liegen, zusammengefasst werden. Die Bildung einer einheitlichen öffentlichen Einrichtung durch Zusammenfassen aller Verkehrsanlagen einer Gemeinde kann erfolgen, wenn diese aufgrund des zusammenhängenden Gemeindegebietes in ihrer Gesamtheit den einzelnen Grundstücken die Anbindung an das inner- und überörtliche Straßennetz vermitteln, § 10 a Absatz 1, Satz 6 KAG.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 25. Juni 2014 – 1 BvR 668/10 und 1 BvR 2104/10 – entschieden, dass die Heranziehung zu wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau einer Straße als Teil einer öffentlichen Einrichtung nur für diejenigen Grundstücke in Betracht kommt, die von dieser einen jedenfalls potentiellen Gebrauchsvorteil haben. Der Gebrauchswert des entsprechenden Grundstücks muss sich also gerade durch die Möglichkeit der Nutzung der ausgebauten Straßen erhöhen. Der Satzungsgeber muss deshalb bei der Ausübung seines Gestaltungsermessens über die Festlegung abgrenzbarer Gebietsteile darauf achten, dass die dort liegenden Grundstücke einen konkret zurechenbaren Vorteil von dem Ausbau und der Erhaltung einer Verkehrsanlage haben. Daraus folgt, dass insbesondere für größere Städte und Gemeinden ohne zusammenhängende Gebiete im Allgemeinen die Notwendigkeit zur Bildung mehrerer einheitlicher öffentlicher Einrichtungen besteht und Anbaustraßen besteht. (Bundesverfassungsgericht a.a.O.). In kleinen Gemeinden – insbesondere solchen,

die nur aus einem kleinen, zusammenhängend bebauten Ort bestehen – werden sich hingegen einheitliche öffentliche Einrichtungen und Gemeindegebiet häufig decken.

Ob die herangezogenen Grundstücke einen konkret zurechenbaren Vorteil von dem Ausbau und der Erhaltung einer Verkehrsanlage haben, hängt nicht von der politischen Zuordnung eines Gebiets, sondern vor allem von den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten ab, etwa der Größe, der Existenz eines zusammenhängenden bebauten Gebiets, der Topographie wie der Lage von Bahnanlagen, Flüssen und größeren Straßen oder der typischen tatsächlichen Straßennutzung.

Von einer zusammenhängenden Bebauung in diesem Sinn kann nicht gesprochen werden, wenn Außenbereichsflächen von nicht nur unbedeutendem Umfang zwischen den bebauten Gebieten liegen. Auch Bahnanlagen, Flüsse und größere Straßen, deren Querung mit Hindernissen verbunden ist, können eine Zäsur darstellen, die den Zusammenhang einer ansonsten zusammenhängenden Bebauung aufhebt. Dabei ist entscheidend auf die konkrete örtliche Situation abzustellen (OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 10. Dezember 2014 – 6 A 10853/14. OVG)

Nach den eingangs geschilderten Grundlagen der Rechtsprechung bildet das Gemeindegebiet von Marienrachdorf eine einheitliche Abrechnungseinheit.

Dabei ist nach eingehender Prüfung der Gesamtumstände keine Aufteilung des Ortsgebietes erforderlich. Es wurde zunächst die Neugestaltung des § 10 a Abs. 1 S. 4 KAG sowie die Gesetzesbegründung berücksichtigt. Nach der Vorlage kann ein räumlicher Zusammenhang auch in kleinen oder mittelgroßen Gemeinden und Städten zwischen Verkehrsanlagen im gesamten Ortsgebiet vorliegen. Dabei sind die örtlichen Gegebenheiten und weniger die Einwohnerzahl maßgebend. Die individuelle Zurechenbarkeit des Vorteils zu einem einzelnen Grundstück kennzeichnet eine ausrechend enge „Vermittlungsbeziehung“ hinsichtlich des Anschlusses dieses Grundstücks an das übrige Straßennetz, der meist über mehrere Verkehrsanlagen vermittelt wird, BVerfG Beschluss vom 25. Juni 2014 – 1 BvR 668/10 und 1 BvR 2104/10. Angesichts der hohen Mobilität werden die

Verkehrsanlagen in kleinen und mittelgroßen Gemeinden und Städten häufig von sämtlichen Anliegern intensiv genutzt. Zudem wird der räumliche Zusammenhang durch Außenbereichsflächen, die nur einen untergeordneten Teil des Gemeinde- oder Ortsteilgebietes einnehmen und sich je nach örtlichen Gegebenheiten auch über eine Entfernung von mehreren hundert Metern erstrecken können, oder durch topografische Merkmale wie Bahnanlagen, Flüsse und größere Straßen, die ohne großen Aufwand gequert werden können, regelmäßig nicht aufgehoben. An die verbindende Wirkung von Querungsmöglichkeiten sind mit Blick auf die große Flexibilität des Anliegerverkehrs keine zu hohen Anforderungen zu stellen.

Die Ortsgemeinde Marienrachdorf hat (Stand Dez. 2021) 1024 Einwohner. Es handelt sich damit um eine kleinere Ortsgemeinde.

Die Abrechnungseinheit wird in alle Himmelsrichtungen durch die angrenzenden Außenbereichsflächen abgegrenzt.

Weiter hat der Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Marienrachdorf berücksichtigt, dass sich im Bereich der Abrechnungseinheit die L 306 (Bahnhofstraße) befindet. Der klassifizierten Straßen L 306 kommt in diesem Bereich keine trennende Wirkung zu. Bei dieser Entscheidung wurde auch § 10 a Abs. 1 S. 4 KAG berücksichtigt, wonach ein räumlicher Zusammenhang in der Regel nicht von topografischen Merkmalen wie Flüssen, Bahnanlagen oder klassifizierten Straßen, die ohne großen Aufwand gequert werden können, aufgehoben wird. Im Bereich des Ortsgebietes Marienrachdorf weist die zuvor benannte Straße eine ortsübliche Breite auf und ist beidseitig zum Anbau bestimmt. Zudem kann sie aufgrund der geringen Breite ohne größere Umstände durch Fußgänger gequert werden, so dass diesen Verkehrsanlagen nach der ständigen Rechtsprechung des OVG Koblenz keine trennende Wirkung zukommt.

Gleiches gilt für die Bahnstrecke DB Nr. 2032 – Bendorf – Au (Sieg), die durch das Abrechnungsgebiet verläuft. Durch den Fahrzeugverkehr kann die Eisenbahnstrecke problemlos über die die Bahnhofstraße gekreuzt werden. Wartezeiten bestehen dort nicht. Ein regelmäßiger Zugverkehr findet dort zur Zeit nicht statt. Ferner beträgt der Abstand von Hauskante zu Hauskante von Wohnhäusern jeweils jenseits des

Bahnübergangs von ca. 65m, so dass auch keine Außenbereichsfläche von bedeutendem Umfang angenommen werden kann. Die entlang der Verkehrsanlagen „Rote Erde“ und „Am Sonnenhang“ gelegenen baulichen Anlagen sind deshalb auch Bestandteil des Abrechnungsgebietes Marienrachdorf. Dagegen sind die baulichen Anlagen an der Verkehrsanlage „Am Bahnhof“ nicht Bestandteil der Abrechnungseinheit, da diese Verkehrsanlage noch nicht erstmalig hergestellt wurde. Anders jedoch bei dem „Eckgrundstück“, welches über die Bahnhofstraße (L 306) und der Verkehrsanlage „Am Bahnhof“ erschlossen wird, welches durch die direkte Erschließung über die L 306 Teil der öffentlichen Einrichtung ist.

Nicht zum Abrechnungsgebiet gehört die Fa. Pusch AG. Diese wird außerhalb der Ortsdurchfahrtsgrenze durch direkte Anbindung an die L 306 erschlossen, welche über eine Sondernutzungserlaubnis gestattet ist. Eine innergemeindliche Erschließung über die Bachstraße, die die ursprüngliche Erschließung des vorgenannten Unternehmens darstellt, liegt nicht vor. Zu der Verkehrsanlage Bachstraße hat die Firma Pusch AG bestenfalls nur eine Punktanbindung, die aber für das Erschlossensein des gewerblich genutzten Grundstücks nicht ausreicht. Die Verlängerung der Bachstraße stellt sich als Wirtschaftsweg da, der nicht den erstmaligen Herstellungsmerkmalen entspricht. Ebenso gehört das landwirtschaftliche Gehöft am Ende der Schulstraße samt Wohnhaus nicht zum Abrechnungsgebiet Marienrachdorf. Die Hofstelle mit Wohnhaus liegt an einem Wirtschaftsweg und zudem im Außenbereich. Die Schulstraße ist nur bis zum Ende der Wohnbebauung erstmalig hergestellt. Hofstelle samt Wohnhaus sind damit durch eine nicht erstmalig hergestellte Verkehrsanlage erschlossen.